

Universität Passau  
Lehrstuhl für Politikwissenschaft  
Prof. Dr. Winand Gellner



Bachelorarbeit  
Sommersemester 2021  
PD Dr. habil. Karin Schnebel

**Gesellschaftliche Teilhabe für alle?**  
**Chancen und Defizite im Bürgerschaftlichen Engagement von und für MigrantInnen**

**von**  
**Vera Glaser**

International Culture and Business Studies – Kulturwirtschaft B.A.  
Version 2014

**Datum der Abgabe:** 06.04.2021

# Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	3
1. Einleitung.....	4
2. Sozialkapital nach Robert D. Putnam.....	5
3. Bürgerschaftliches Engagement.....	10
3.1 Begriffsklärung Bürgerschaftliches Engagement (BE).....	10
3.2 Gesellschaftliche Teilhabe durch BE.....	12
4. MigrantInnen im Bürgerschaftlichen Engagement.....	15
4.1 Aktuelle Situation.....	15
4.2 Vorteile und Chancen.....	18
4.3 Hürden für die integrative Kraft von BE.....	19
5. Mehr Diversität im BE: Begünstigende Faktoren und Handlungsempfehlungen für die Freiwilligenarbeit.....	21
5.1 Anforderungen an die Engagementpolitik.....	22
5.2 Bedeutung der interkulturellen Öffnung.....	24
5.3 Umgang mit der Zielgruppe.....	27
6. Fazit: Die Förderung des freiwilligen Engagements als entscheidender Beitrag zu sozialer und politischer Teilhabe.....	29
Literaturverzeichnis.....	32

## Abkürzungsverzeichnis

BBE	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
BE	Bürgerschaftliches Engagement
FöBE	Förderstelle Bürgerschaftliches Engagement
FWS	Deutscher Freiwilligensurvey
LBE	Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V.
MO	Migrantenorganisationen

## 1. Einleitung

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“: Mit dieser Begründung beauftragte der Bundestag eine eigene Enquete-Kommission zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements (Deutscher Bundestag 1999: 1). Wenn aber Bürgerschaftliches Engagement ein so wichtiger Teil unserer Gesellschaft ist: Ist diese Form der Beteiligung auch jedem Menschen gleichermaßen möglich?

Die Zugehörigkeit zu – und Solidarität in – unserer Gesellschaft steht immer wieder im Fokus öffentlicher Debatten. Diversität und trotzdem Zusammengehörigkeit zu leben, zu respektieren und zu repräsentieren, ist keine leichte Aufgabe. Dabei wird unsere Gesellschaft immer vielfältiger, wodurch Zusammenhalt als soziale Herausforderung immer präsenter wird. Da in den letzten Jahren der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund<sup>1</sup> in der Bevölkerung kontinuierlich gestiegen ist und weiter steigt, will sich diese Arbeit mit deren besserer Einbindung in die deutsche Gesellschaft und ihren Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten befassen.

Inwiefern kann Bürgerschaftliches Engagement (BE) einen Beitrag zu gesellschaftlicher Teilhabe – auch von Menschen mit Migrationshintergrund – leisten? Und inwieweit sind die bisherigen Bemühungen – von der Gesellschaft im Allgemeinen wie auch in der Engagementpolitik im Besonderen – ausbaufähig?

Für diese Thematik soll zunächst der Begriff des Sozialkapitals nach Robert D. Putnam eingeführt werden, da dieser oft für den Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements herangezogen wird (vgl. Braun 2011: 58). Der Fokus in dieser Arbeit soll dann auf das BE von MigrantInnen – und das daraus entstehende Sozialkapital – gelegt werden. Eine Betrachtung des bestehenden Forschungsstandes aus aktueller Sicht ist (gerade wenige Jahre nach dem starken Zustrom an Geflüchteten) lohnenswert, weil bislang zu wenig wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik stattfand. Es sollen die Möglichkeiten und Vorteile einer ehrenamtlichen Tätigkeit, aber auch die Hürden (gerade für Menschen mit Migrationshintergrund) aufgezeigt werden. Zum Schluss möchte die

---

<sup>1</sup> In der folgenden Arbeit werden die Begriffe *MigrantInnen* und *Menschen mit Migrationshintergrund* synonym benutzt und schließen Geflüchtete, Zugewanderte, alle Menschen, die einer anderen Nation angehören, sowie Menschen mit mindestens einem Elternteil mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und auch Personen jeden Geschlechts ein. Das dient rein zur vereinfachenden Darstellung und soll keinesfalls stereotypisieren.

Arbeit einen Ausblick auf begünstigende Rahmenbedingungen für mehr Diversität in der Freiwilligenarbeit geben.

Zur Beschreibung der aktuellen Situation von MigrantInnen im freiwilligen Engagement dient hauptsächlich der deutsche Freiwilligensurvey (FWS), für den alle fünf Jahre deutschlandweite Befragungen durchgeführt werden, aus dem Jahr 2014<sup>2</sup> als Quelle. Außerdem wurden drei ExpertInneninterviews geführt, um die Lage von MigrantInnen im BE aus Sicht der Zuständigen vor Ort aufzuzeigen.

## 2. Sozialkapital nach Robert D. Putnam

Für die Frage nach den Voraussetzungen für soziale und politische Teilhabe, Partizipation<sup>3</sup> und auch sozioökonomischen Aufstieg wird oft auf den Begriff „Sozialkapital“ oder „soziales Kapital“ Bezug genommen, der von verschiedenen Wissenschaftlern (u.a. Bourdieu und Coleman) definiert und theoretisch bearbeitet wurde. Durch die Vielfalt der Ansätze ist es schwer, eine allumfassende Definition festzulegen – der Begriff wird immer wieder neu eingeordnet und im jeweiligen Bedeutungszusammenhang unterschiedlich eingesetzt (vgl. Braun 2011: 53-61).

Der neuere Ansatz von Robert D. Putnam, welcher Grundlage für diese Arbeit sein soll, geht davon aus, dass durch soziale Verbindungen das Leben produktiver gemacht wird, und dass durch die drei Hauptkomponenten des Sozialkapitals – *norms, trust and networks of association* – Politik, Demokratie und die Gesellschaft beeinflusst werden (vgl. Putnam 2000: 19, 341-344). Das Sozialkapital lässt sich als Gut beschreiben, das – wie die meisten Güter – ungleich in der Gesellschaft verteilt ist. Allerdings ist es nicht nur ein Investitionsgut, sondern verschafft auch einen direkten „Konsumwert“, der andere Facetten des persönlichen Wohls als materielle Güter abdeckt, indem er beispielsweise zum individuellen Glücksempfinden beiträgt (vgl. Putnam & Goss 2001: 22).

---

2 Erst kurz vor Abgabezeitpunkt dieser Arbeit wurden die zentralen Ergebnisse des FWS 2019 veröffentlicht, sodass sie nur bedingt einfließen konnten. Die ausführliche Fassung des FWS 2019 wird voraussichtlich im Sommer 2021 publiziert.

3 Unter dem Begriff Partizipation, wie er auch in dieser Arbeit verwendet werden soll, wird die „Einflussnahme auf gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen und Mitwirkung an Entscheidungen in nichtprofessionellen Rollen“ (Gabriel 2002: 127) verstanden.

Für sein Konzept des Sozialkapitals bezieht sich Putnam auf Lyda Judson Hanifan und Alexis de Tocqueville. Hanifan prägte bereits 1916 den Begriff des Sozialkapitals und erkannte, dass gesellschaftliche, ökonomische und politische Problemlagen vor allem durch eine Intensivierung der Netzwerke zwischen Bürgerinnen und Bürgern lösbar seien, und dass ein Engagement im Gemeinschaftssinn für den Erhalt und die Entwicklung der Demokratie stehe (vgl. ebd.: 16f). In gesellschaftlichen Studien zu Italien und den USA fand Putnam heraus, dass sich auch die Annahmen Tocquevilles bestätigten: Eben jene Regionen hatten gute Regierungen und waren erfolgreich, in denen Bürgerschaftliches Engagement eine starke Tradition besaß (vgl. Putnam 2000: 345). Aus diesen Ansätzen erschafft Putnam seinen Begriff des Sozialkapitals: Dieser umfasst die Verbindungen zwischen Individuen und deren soziale Interaktion, sowie die damit zusammenhängenden Normen. Einen besonderen Fokus legt er auf soziale Netzwerke, welche zu Gegenseitigkeit und Vertrauen untereinander führen und somit positive Eigenschaften für ihre Mitglieder haben: Gegenseitige Unterstützung, Kooperation und auch institutionelle Effektivität (vgl. ebd.: 19-22). Sozialkapital entsteht, indem man sich für die Gemeinschaft einsetzt, ohne auf eine sofortige entsprechende Gegenleistung zu spekulieren. Putnam beschreibt dieses Verhalten mit dem Begriff *reciprocity* (vgl. Putnam 1993: 173): Man besitzt mehr Zuversicht dahingehend, dass andere sich ebenfalls engagieren und genauso zur Gemeinschaft beitragen, sodass mit der Zeit und mit dem Einsatz für seine Mitmenschen ein persönlicher und auch kollektiver Mehrwert entsteht (vgl. Putnam 2002: 258). Für den individuellen Nutzen des Sozialkapitals kann zum Beispiel die Vermittlung von Stellen oder Positionen (unter anderem im beruflichen Bereich) über soziale Kontakte genannt werden, ebenso wie private Hilfen in Notsituationen. Putnam beobachtete außerdem, dass sich beispielsweise in Wohnbezirken mit einer hohen Dichte an sozialen Beziehungen eine niedrigere Kriminalitätsrate erkennen lässt (vgl. Putnam & Goss 2001: 20f).

Es gibt verschiedene Facetten des Sozialkapitals: Putnam unterscheidet zwischen *bonding* („zusammenschmiedendem“) und *bridging* („brückenschlagendem“) *social capital* (vgl. Putnam 2000: 22). Durch brückenschlagendes Sozialkapital wird Akzeptanz zwischen verschiedenen Gruppen (zum Beispiel nach sozioökonomischem Status, Alter oder ethnischen Hintergrund) gestärkt, was dazu beiträgt, dass die einzelnen Mitglieder weltoffener werden. Durch mehr Verbindungen zu „externen“ Personen und Gruppen können Vorurteile abgebaut werden; das soziale Kapital wird inkludierend genutzt. Im religiösen Kontext bedeutet dies beispielsweise, dass es Individuen leichter fällt, neue und andere Religionen zu akzeptieren und ihnen mit Offenheit zu begegnen, wenn religiöse

Diversität innerhalb des eigenen sozialen Netzwerks existiert, und somit *bridging social capital* vermehrt (vgl. Putnam & Campbell 2010: 527-547). Zusammenschmiedendes Sozialkapital ist hingegen exklusiver und mehr „nach innen“ gerichtet. Die gegenseitige Loyalität ist noch einmal stärker, es ist viel Solidarität und soziale wie psychologische Unterstützung zwischen den Beteiligten vorhanden. Es bezieht sich auf Gruppen mit gleichen oder ähnlichen Charakteristika, und verstärkt die interne Identität, beispielsweise durch das Betiteln und Ausschließen von Gruppenexternen als „Andere“ (vgl. Putnam 2000: 22f). Die positiv assoziierten Tugenden können hier zu sozial unerwünschten Formen werden – für diejenigen, die dazu gehören, von Vorteil; für Gruppenexterne jedoch schädlich.<sup>4</sup> Zwar verringert auch diese Art des Sozialkapitals die Möglichkeiten für Opportunismus und Fehlverhalten (durch das enge Zusammenleben und die Beziehungen ist man einer ständigen sozialen Kontrolle ausgesetzt), jedoch kann es Ungleichheiten zwischen Gruppen verstärken (vgl. Putnam & Goss 2001: 22f). So kann es zur sozialen Schließung nach außen kommen, und durch Abschottungstendenzen auch zur Entstehung von Parallelgesellschaften (vgl. Zimmer 2007: 201). Allerdings sind diese zwei Dimensionen nicht klar voneinander getrennt und treffen mehr oder weniger in verschiedenen Nuancen zu. Bei der Frage nach der Bildung von Sozialkapital im Bürgerschaftlichen Engagement handelt es sich mehrheitlich um das positiver konnotierte *bridging social capital*<sup>5</sup> (vgl. Putnam 2000: 22f).

Auch im *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* wird Sozialkapital definiert: Es handelt sich um die „politischen und sozialen Integrationspotenziale moderner Gesellschaften“ (Klein 2011a: 34). Konkreter wird hier Putnams Begriffsverständnis herangezogen, nach dem eine funktionierende Bürgergesellschaft einen wichtigen Faktor für die „politische und ökonomische Performanz einer Gesellschaft oder die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen“ (Braun 2011: 57) darstellt. Das Konzept wird hier auf der Makro-Ebene, als gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise, angewendet und trägt nach Auffassung der Autoren – und auch Putnams – zur Lösung von Dilemmata kollektiven Handelns bei. Als wesentliches Element wird noch einmal der Fokus auf Netzwerke Bürgerschaftlichen Engagements gelegt, welche Sozialkapital generieren können, und die soziale Integration in die Gesellschaft fördern. Diese

---

4 Das kann zu negativen Effekten, wie beispielsweise Feindseligkeit, führen. Außerdem erleichtert es die Entstehung von Sekten, Ethnozentrismus oder Korruption (vgl. Putnam 2000: 22f).

5 Im Engagement sind Netzwerke oft die typische Organisationsform, welche meist flache Hierarchien haben und durch die verschiedenen Mitglieder nicht homogen sind – schon allein dadurch müssen mehr „Brücken geschlagen“ werden.

Netzwerke und sozialen Bindungen können einen bedeutenden Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie leisten (vgl. ebd.: 57f).

Es macht also Sinn für die Politik, das Engagement – und somit das Sozialkapital – zu fördern. Neben dem Beitrag zum demokratischen Denken und Handeln können beispielsweise auch die Kosten für den Staat verringert werden. Durch die Beziehungen in der Gesellschaft ist mehr soziales Vertrauen vorhanden und gleichzeitig auch eine Art der sozialen Überwachung, somit muss die soziale Kontrolle nicht primär durch den Staat erfolgen (vgl. Strachwitz u.a. 2020: 57). Zusätzlich kann Sozialkapital als weiterer „Entlastungseffekt“ für den Staat wirken: Es gibt beispielsweise Aktivitäten und Vorgänge, die von Vereinen oder einzelnen Akteuren der Zivilgesellschaft besser ausgeübt werden können, und durch freiwillige MithelferInnen eher von Erfolg geprägt sind als jene, die von staatlich-bürokratischen Akteuren ausgeübt werden (vgl. Offe & Fuchs 2001: 491). Ein Beispiel ist hier die Mitarbeit von Zugewanderten bei den Herausforderungen der Integration während der Flüchtlingswelle seit dem Jahr 2015. Menschen, die aus demselben Land kommen oder vielleicht eine ähnliche Sprache, Kultur und eine eigene Einwanderungsgeschichte haben, können oft besser bei der Integration helfen. Sie wissen, was an Unterstützung notwendig ist und wie die Ankunft in einem neuen Land vereinfacht werden kann (vgl. Anhang 2<sup>6</sup>).

Es lohnt sich also, Sozialkapital zu erzeugen – doch inwiefern ist das machbar und operativ leistbar? Eine einfache Antwort auf diese Frage scheint es nicht zu geben, da verschiedene Faktoren unterschiedlich stark wirken können, und je nach Gesellschaft und individuellem Gesellschaftsstatus unterschiedliche Möglichkeiten und Netzwerke vorhanden sind. Als „Investition“ könnte man die drei Komponenten Zeit, Aufwand und Mittel aufführen, die stärkere Bindungen und mehr Sozialkapital hervorbringen können. Auch hierbei muss beachtet werden, dass der Zugang zu diesen Ressourcen für einzelne Personen sehr uneinheitlich ist: Wie viel Zeit einem zur freien Verfügung steht, um beispielsweise Kontakte zu pflegen, wie viel Aufwand und Kompetenzen man zudem in die Beziehungsarbeit stecken kann und welche (auch geldwerten) Mittel man hat, um sich in bestimmten sozialen Kreisen zu bewegen (vgl. Reich 2013: 163f).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Sozialkapital weder einfach einzuordnen noch zu generieren, es jedoch ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft ist. Es trägt – im Besonderen durch die Teilnahme an assoziativen Netzwerken und Aktivitäten – zu

---

<sup>6</sup> Die Interviews sowie die Namen der InterviewpartnerInnen wurden im Sinne der Anonymisierung in dieser Version entfernt.

dichteren sozialen Beziehungen und stärker gefestigten Normen bei und hilft sowohl bei der Lösung von Dilemmata kollektiven Handelns als auch dem Minimieren von gesellschaftlichen Defiziten. Mit Putnams Worten: „*Building social capital will not be easy, but it is the key to making democracy work*“ (1993: 185).

### 3. Bürgerschaftliches Engagement

Wie in Kapitel 2 dargelegt, ist das Engagement ein wichtiger Teil von Sozialkapital. Um sich nun näher damit auseinander zu setzen, inwiefern Bürgerschaftliches Engagement einen positiven Einfluss auf die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund hat, muss man zunächst den Begriff des Engagements (in der heutigen Verwendung) näher betrachten, da er in den verschiedensten Kontexten unterschiedlich benutzt wird. Überdies will das folgende Kapitel klären, inwieweit Engagement zu mehr sozialer und politischer Teilhabe und somit zur Stabilisierung der Demokratie beitragen kann.

#### 3.1 Begriffsklärung Bürgerschaftliches Engagement (BE)

In einer Untersuchung zur Verwendung von verschiedenen Begriffen für Engagement wurde in Interviewfragen am häufigsten „Ehrenamt“ benutzt (84%), anschließend „freiwilliges Engagement“ (13%) und nur zu 3% „Bürgerschaftliches Engagement“. Die selbstgewählte Bezeichnung (von Freiwilligen) war an erster Stelle „freiwilliges Engagement“ (42%), dann „Bürgerschaftliches Engagement“ (19%) und erst dahinter, mit 12%, die Bezeichnung „Ehrenamt“ (vgl. Han-Broich 2012: 68). In Interviews und Artikeln wird oft „Ehrenamt“ mit „Engagement“ synonym genutzt, es ist jedoch nur ein Teilaspekt des BE. Bei einem Ehrenamt geht es primär um die Übernahme von öffentlichen Funktionen und es beinhaltet die Anleitung von anderen Menschen in strukturierten, öffentlichen Organisationen. Des Weiteren ist diese Tätigkeit langfristig angelegt und wird regelmäßig ausgeführt. Es herrscht ein gewisser Grad an Institutionalisierung; trotzdem wird ein Ehrenamt aus eigener Initiative und unabhängig vom Staat ausgeübt (vgl. Stricker 2011: 163-170). Ehrenamt wird zudem oft gebraucht, um die freiwillige Tätigkeit vom Hauptamt abzugrenzen und das Adjektiv „ehrenamtlich“ ist oft im Sinne von „ohne Bezahlung“ konnotiert (vgl. Olk & Hartnuß 2011: 146).

Bei der ursprünglichen Einführung des Terminus „Bürgerschaftliches Engagement“ war das Hauptziel die Zusammenführung der politischen Beteiligung und des sozialen Engagements von BürgerInnen (vgl. ebd.: 159). Bei dem Begriff steht folglich der Bürger/die Bürgerin im Fokus – als Teil der Zivilgesellschaft, in der man sich für sich selbst und andere einsetzt. Dort kann man sich beteiligen, wird wahrgenommen und in Entscheidungen einbezogen (vgl. Anhang 2). Die Bürger- oder Zivilgesellschaft (meist

synonym verwendet) bezeichnet alle öffentlichen Assoziationen und Vereine, in welchen sich Menschen auf freiwilliger Basis versammeln, um auf die ein oder andere Weise Einfluss zu nehmen. Die Bürgergesellschaft ist für jeden offen und beruht auf Freiwilligkeit, Öffentlichkeit und Gemeinschaftlichkeit (vgl. Klein 2011a: 29). Sie kann somit als „Typ des sozialen Handelns“ (Zimmer 2007: 205) beschrieben werden, in dessen Rahmen man den zivilen Umgang miteinander übt. Diese gesellschaftliche Ebene zielt auf die Weiterentwicklung und Intensivierung von Demokratie und ist angesiedelt zwischen Staat, Wirtschaft und dem privaten Haushalt. Die Vereine und Akteure, in denen ein BE ausgeübt wird, sind nicht profitorientiert oder auf den Erwerb von Machtpositionen ausgelegt, sondern befassen sich mit einem Themenbereich, in welchem die Ziele durch die Mitglieder selbst bestimmt und definiert werden. Der Beitritt ist (formal) jedem möglich und es herrschen meist flache Organisationshierarchien (vgl. Offe & Fuchs 2001: 423f). Auch das Gemeinwohl ist eine wichtige Dimension des BE. Rupert Graf Strachwitz – der Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft und einer der zentralen Diskussionsführer zum Thema Zivilgesellschaft und Engagement – bezeichnet BE als „freiwillige, nicht auf materielle Gegenleistungen ausgerichtete und meist kollektive Tätigkeit (...) für das jeweils subjektiv definierte allgemeine Wohl“ (Strachwitz u.a. 2020: 221).

Auch im deutschen Freiwilligensurvey gibt es nicht die eine offizielle Definition der Freiwilligenarbeit, allerdings werden die Hauptmerkmale gemäß der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘<sup>7</sup> herausgearbeitet: Eine Tätigkeit, die nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet ist, in der Regel in der Öffentlichkeit stattfindet, gemeinschaftlich/kooperativ ausgeübt wird, gemeinwohlorientiert und freiwillig ist (vgl. Simonson u.a. 2016b: 28). Nach dem *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* ist das weitgefaste Konzept – auf das im FWS ebenfalls Bezug genommen wird – die „Gesamtheit aller unterschiedlichen Formen des freiwilligen, unentgeltlichen und gemeinwohlorientierten Engagements in der deutschen Wohnbevölkerung“ (Olk & Hartnuß 2011: 149). Diese weite Definition soll auch in der vorliegenden Arbeit verwendet werden, da sie bestmöglich alle Dimensionen des BE von MigrantInnen beschreibt. Die Begriffe „Bürgerschaftliches Engagement“ (BE), „ehrenamtliche Tätigkeiten“ und „Freiwilligenarbeit“ werden synonym benutzt.

---

7 Bei der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ 2002 wurde zum ersten Mal in dieser Form eine „umfassende Programmatik für die engagementpolitische Agenda und die Umriss der Leitidee bürgerschaftlicher Reformpolitik“ formuliert (Hartnuß u.a. 2010: 26).

### 3.2 Gesellschaftliche Teilhabe durch BE

Unabhängig davon, welchen Begriff man für die beschriebenen Tätigkeiten verwendet, schwingt immer auch die Frage nach den Partizipationsmöglichkeiten mit: Inwiefern kann BE einen Weg zu mehr Teilhabe an der Gesellschaft für den Einzelnen und somit zu einer stärkeren Demokratie bereiten?

Das individuelle Verhalten in der Gesellschaft wird von dem sozialen Umfeld des Einzelnen beeinflusst. Gerade für die politische Teilhabe ist der Austausch mit anderen ein wichtiger Prozess, der die eigenen Einstellungen hinterfragt und zu einer aktiven Beteiligung beitragen kann. Denn selbst wenn nicht präzise über eine bestimmte politische Einstellung oder Partei gesprochen wird, werden durch den Meinungs austausch mit Freunden oder die Teilnahme an Interessengruppen Ansichten reflektiert und bestimmte Themen unterstützt (vgl. Huckfeldt u.a. 2013: 663).

Gerade für die hier fokussierte Zielgruppe der MigrantInnen gibt es verschiedene Faktoren, die das politische Engagement prägen: Die individuelle demokratische Einstellung (von der Person selbst oder Angehörigen), die Situation im Herkunftsland, die Migrationserfahrung und das Vorhandensein einer Politisierung durch kollektives Handeln (z.B. durch MigrantInnenorganisationen). Demokratische Einstellungen können, je nachdem wie politische Freiräume genutzt und erfahren werden, verstärkt werden (vgl. Rother 2016: 261-277).

In einer Demokratie liegt der Fokus nicht auf einzelnen Institutionen oder Eliten, sondern auf dem ganzen Volk. Menschen mit Migrationshintergrund sind jedoch oft unterrepräsentiert. Im BE zeigt sich das Verlangen nach Mitbestimmung – es ist also ein Schritt in Richtung Demokratisierung: Durch die Beteiligung können MigrantInnen zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft beitragen und somit auch ihre Möglichkeiten mehr wahrnehmen, das System, in dem sie sich aufhalten, zu nutzen und dadurch auch zu legitimieren (vgl. ebd.: 259f, Roth 2010: 625). Olaf Ebert stellt hierzu heraus:

Es gibt vielfältige Mitgestaltungsmöglichkeiten, aber nicht alle können oder wollen sie nutzen. Viele haben den Eindruck, ihr Handeln könne nichts bewirken. Hier kann zivilgesellschaftliches Engagement ansetzen und mit positiven Selbstwirksamkeitserfahrungen im Engagement den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie stärken (2020: 100).

Auch Putnam und Tocqueville sprechen dem Engagement in einer Demokratie eine wichtige Rolle zu. Eine der Grundannahmen Tocquevilles ist, dass das Mitwirken in einem Verein oder einer Organisation die Menschen zu besseren BürgerInnen macht: Durch die Mitgliedschaft werden zivilisierte Konfliktlösungen erprobt und es wird ermöglicht, ein

begründetes Urteil (gerade in gesellschaftlichen Angelegenheiten) zu erlangen. Dieses Wissen, welches im privaten Raum erworben wurde, lässt sich dann gut in andere, öffentliche Bereiche übertragen (vgl. Offe & Fuchs 2001: 490). Für Putnam funktioniert eine Demokratie durch die Übernahme öffentlicher Aufgaben von BürgerInnen; die staatlichen und demokratischen Einrichtungen hängen vom freiwilligen Engagement in der Gesellschaft ab, weil hierdurch Sozialkapital generiert wird (vgl. Putnam 2000: 336). Das Sozialkapital beeinflusst demnach nicht nur, wer in die Politik geht oder welche Themen dort behandelt werden, sondern zudem, welche Resultate erzielt werden können (vgl. ebd.: 344). Das freiwillige Engagement hat insofern ebenso eine politische Rolle: Die Beteiligung an politischen Angelegenheiten kann helfen, Konflikte effektiver zu lösen, die Eigenverantwortung zu stärken und durch den eigenen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohl den öffentlichen Bereich zu entlasten (vgl. Han Broich 2012: 107). Obwohl Putnam kaum auf die negativen Aspekte des Sozialkapitals eingeht, sollte dennoch beachtet werden, dass auch antidemokratische Tendenzen aus ihm hervorgehen können. Für die Demokratie kann es ebenfalls von Nachteil sein, wenn sich zum Beispiel gesellschaftliche Klassenunterschiede manifestieren und sich per se homogene Gruppen in ihren eventuell nationalpatriotischen Tendenzen radikalieren (vgl. Zimmer 2007: 200f). Gleichzeitig bedeutet ein hohes Engagement in der Gesellschaft nicht zwangsläufig, dass BürgerInnen mit den lokalen politischen Systemen zufriedener sind – aber durch mehr Grundlagen und Erfahrungen mit den demokratischen Prozessen haben sie möglicherweise kompetentere Standpunkte, um Kritik und eigene Lösungsansätze zu artikulieren (vgl. Offe & Fuchs 2001: 490).

Die Bildung von Sozialkapital durch BE kann die Qualität der Demokratie steigern, jedoch müssen der Staat und die Politik das Engagement in seinen Möglichkeiten unterstützen: Günstige Rahmenbedingungen für das reibungslose Ausüben einer Tätigkeit hängen oft mit gesetzlichen Voraussetzungen zusammen. Eines der besten Beispiele hierfür ist die Staatsbürgerschaft, durch die MigrantInnen erst einen wesentlichen Teil demokratischer Rechte erlangen. Die Beteiligung hängt also nicht nur von der Bereitschaft der BürgerInnen, sondern auch von den rechtlichen und institutionellen Bedingungen ab. Ebenso kann das im deutschen (Sozial-)Staat verankerte Prinzip der Subsidiarität, bei dem kleineren Gruppen und Verbänden mehr Verantwortung zugesprochen wird, beispielsweise fördernd wirken (vgl. ebd.: 482-492). Der Staat beeinflusst also das Sozialkapital und somit die Möglichkeiten der Beteiligung von BürgerInnen.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> In welchem Maße der Staat das soziale Kapital des Einzelnen tatsächlich verstärken oder erhöhen kann, ist nicht hinreichend empirisch belegt (vgl. Putnam & Goss 2001: 37f). Mehr zu den Auswirkungen der

Vereine sind unter den Freiwilligenorganisationen die zahlreichsten und wichtigsten Akteure im deutschen BE. Sie werden oft als „Spiegelbild der Gesamtgesellschaft“ bezeichnet, da sich dort viele Menschen auf der Basis demokratischer Grundzüge organisieren. Das freiwillige Engagement in Vereinen trägt zum Erlernen und Einüben demokratisch-sozialen Verhaltens bei und schafft Sozialkapital, welches nicht nur zum eigenen Nutzen, sondern auch für das (politische) Gemeinwohl eingesetzt werden kann. Somit kann das Engagement gerade in Vereinen auch als „Schule der Demokratie“ bezeichnet werden und stellt eine wesentliche Basis für den demokratischen Staat dar (vgl. Zimmer 2007: 78-89). [Experte 1] erläutert im Interview:

Sie können aber auch wie im 19. Jahrhundert nationalistisch oder undemokratisch geprägt sein. Aber ich glaube schon, dass sie die Grundlage für eine resiliente Zivilgesellschaft und auch eine starke Demokratie sind (Anhang 1).

Ein Beispiel für die Stärkung der Solidarität durch Zusammenschlüsse, in denen man sich engagiert, gibt die Gemeinde Zorneding in Bayern: Dort gab es rechte Propaganda gegen einen Pfarrer, der nichtdeutscher Abstammung war. Um dem entgegenzuwirken, wurde eine Demonstration von verschiedensten alteingesessenen Vereinen gemeinsam organisiert, ungeachtet der jeweiligen vereinsinternen Schwerpunkte und Inhalte. In anderen Regionen, wie beispielsweise in Sachsen, ist die Organisations- und Vereinslandschaft mit langjährigen Erfahrungen weniger ausgeprägt – von dort kennt man solche Ereignisse oder Bündnisse eher nicht (vgl. Anhang 1).

Das freiwillige Engagement hat also verschiedene Funktionen für eine Demokratie: Die partizipativen Möglichkeiten werden gestärkt, indem jeder in der Bevölkerung eine gleichberechtigte Chance zur Mitbestimmung erhält – dies trägt zu mehr Repräsentation und Identifikation bei – und es kann die Solidarität zwischen BürgerInnen stärken und damit auch die Integration vereinfachen sowie sozialen Frieden ermöglichen (vgl. Ilgün-Birhimeoğlu 2018: 345). Zusätzlich entsteht politische Teilhabe und es werden individuelle Möglichkeiten erprobt, sich als BürgerInnen zu behaupten und an Gesellschaft und Politik zu beteiligen (vgl. Strachwitz u.a. 2020: 221f). BE kann also dazu beitragen, dass man sich als BürgerIn eher mit der Demokratie identifiziert.

---

politischen Rechte auf die Ausübung eines BE sind in Kapitel 4.3 und 5.1 zu lesen.

## 4. MigrantInnen im Bürgerschaftlichen Engagement

Bei der Betrachtung der Beteiligungsmöglichkeiten durch Bürgerschaftliches Engagement lohnt es sich besonders, den Fokus auf MigrantInnen zu legen, da in den letzten Jahren die Zahl an Menschen mit Migrationshintergrund in der deutschen Gesellschaft stetig zunahm. Im Jahr 2019 betrug ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung 26% (vgl. Statistisches Bundesamt 2020); somit nimmt auch das Maß an potenzieller Partizipation und möglichem Einfluss zu, das diese Zielgruppe aufweist; sie ist jedoch in vielen Bereichen der Gesellschaft immer noch nur mäßig vertreten. Vor allem in Fachbeiräten und der Kommunalpolitik, aber auch in leitenden Positionen rund um das Thema Bürgerschaftliches Engagement ist die Mitwirkung von MigrantInnen von großer Bedeutung, doch immer noch stark ausbaufähig (vgl. Dienel 2010: 22).

### 4.1 Aktuelle Situation

MigrantInnen als Freiwillige sind oftmals im BE, wie auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft, unterrepräsentiert. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)<sup>9</sup> etwa bemüht sich eigentlich um eine gesellschaftsgetreue Zusammensetzung der Gremien, der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesamtbevölkerung ist jedoch (noch) nicht abgebildet. Es gibt zwar Arbeitskreise, die Vorsitzende mit Migrationsgeschichte haben, beispielsweise jener zum Thema Migration und Zuwanderung, doch ansonsten sind MigrantInnen verhältnismäßig wenig vertreten (vgl. Anhang 1). Auch bei einer Umfrage [einer Förderstelle Bürgerschaftliches Engagement (FöBE)<sup>10</sup> in Bayern]<sup>11</sup> bei 1300 Vereinen ist dieser Trend zu erkennen: In Verantwortungspositionen und Mitgliedschaften sind nur wenige Menschen mit Migrationshintergrund zu finden (vgl. Anhang 2). Ebenso sind [in einem bayerischen Freiwilligenzentrum] – welches eine lange Tradition der Freiwilligenarbeit hat und auch eigene Projekte durchführt, um speziell die Zielgruppe der MigrantInnen mit einzubinden – unter den Hauptamtlichen und in den höheren Stellen keine MigrantInnen vertreten (vgl.

---

9 Zur Einflussnahme des BBE auf Bundesebene siehe Kapitel 5.1 und Anhang 1.

10 Die Förderstelle Bürgerschaftliches Engagement (FöBE) ist eine Fach- und Vernetzungsstelle zum Thema Engagement in [einer bayerischen Stadt]. Sie wendet sich hauptsächlich an Organisationen, und hilft die Rahmenbedingungen für BE zu verbessern, sowie Netzwerke für Austausch zu schaffen. Außerdem organisiert sie jedes Jahr die [lokale] Freiwilligenmesse, bei der Organisationen eine Plattform gegeben wird, um neue Freiwillige zu informieren und anzuwerben (vgl. Anhang 2).

11 Auch die Einrichtungen, die im Zusammenhang mit den geführten Interviews standen, wurden für diese Version anonymisiert.

Anhang 3). Darüber hinaus war bei der Auswahl der Literatur und der ExpertInneninterviews zu dieser Arbeit zu erkennen, dass MigrantInnen zwar vertreten sind, sie sich aber gerade in Leitungspositionen und wissenschaftlichen Beiträgen doch eher in der Minderheit befinden.

Die aktuelle Situation von Menschen mit Migrationshintergrund im Umfeld des BE zu identifizieren, ist aufgrund dieser Unterrepräsentation nicht ganz einfach. In verschiedenen Kontexten werden unterschiedliche Zahlen publiziert, und je nach Konzept und Definition des BE werden verschiedene Faktoren in die Auswertungen eingeschlossen. Für die Zwecke dieser Arbeit wird auf den FWS Bezug genommen; dabei sollte erwähnt werden, dass auch der FWS kein allumfassendes und universell gültiges Abbild der Situation generieren kann, aber der Erkenntnisgewinn ist trotzdem sachdienlich. So stellt der FWS nur bestimmte Fragen, übergeht also manche Aspekte, die für spezifischere Aussagen von Bedeutung wären. Der Migrationshintergrund wird erst seit dem Jahr 2004 abgefragt, zuvor wurde nur zwischen Personen mit und ohne deutscher Staatsangehörigkeit unterschieden (Schührer 2019: 32). Die Lage von MigrantInnen im BE lässt sich erst durch den FWS 2014 besser einschätzen, da in den vorherigen Jahren keine fremdsprachigen Interviews geführt wurden. In den Jahren vor 2014 kann also von einer zwangsläufigen Unterrepräsentation an MigrantInnen im FWS ausgegangen werden (vgl. Simonson u.a. 2016a: 65). Um das Ausmaß der freiwilligen Tätigkeiten auch in Bevölkerungsgruppen zu kennen, welche vorrangig in anderen Sprachen kommunizieren, ist es unabdingbar, den Fragenkatalog zu übersetzen, und multilinguale InterviewerInnen einzusetzen. Aus dem Jahr 2019 ist bekannt, dass die Interviews in sechs verschiedenen Sprachen geführt wurden, neben Deutsch und Englisch auch auf Arabisch, Russisch, Türkisch und Polnisch (Simonson u.a. 2021: 46).

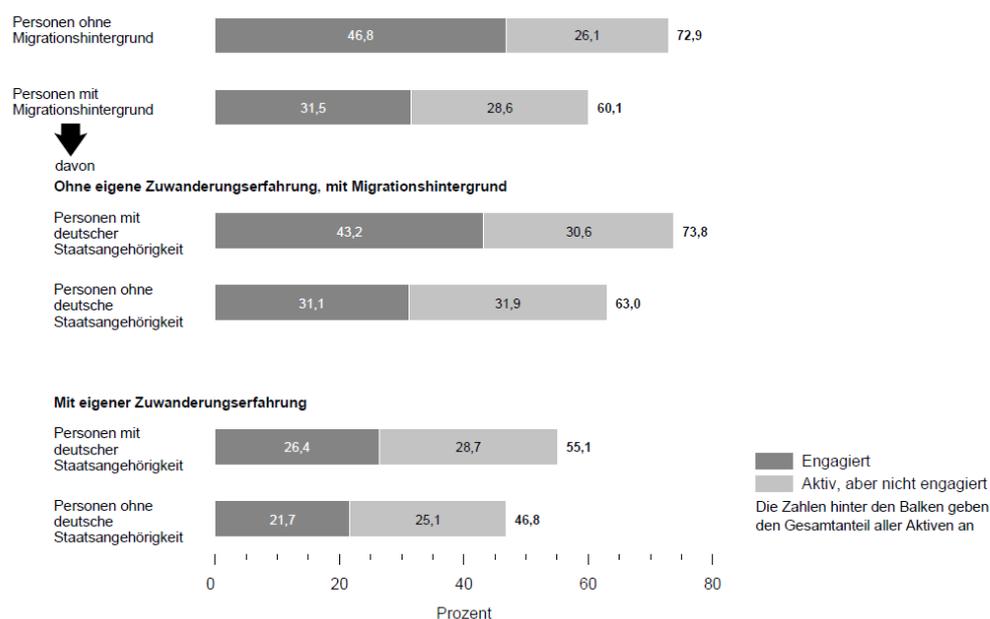
Laut den ersten Ergebnissen aus dem FWS 2019 ist die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 2014 und 2019, und auch die Unterschiede zwischen Personen mit oder ohne eigener Zuwanderungserfahrung, annähernd gleichgeblieben (vgl. Simonson u.a. 2021: 5). Da der ausführliche Survey von 2014 im Gegensatz zu der Umfrage aus dem Jahr 2019 bereits veröffentlicht ist, dienen in dieser Arbeit die Zahlen aus 2014 als Informationsgrundlage.

30,9 Millionen Menschen, und somit 43,6% der Bevölkerung, gingen in Deutschland 2014 einer ehrenamtlichen Tätigkeit nach (vgl. Simonson u.a. 2016b: 25). Laut FWS findet das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund öfter in Bereichen mit kirchlichem

oder religiösem Bezug und in Einrichtungen für und mit Kindern statt; ansonsten sind die Tätigkeiten ähnlich verteilt wie bei Herkunftsdeutschen.

In Abbildung 1 erkennt man, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund prozentual weniger engagieren (31,5% gegenüber 46,8%), wobei eine Differenz zu erkennen ist, je nachdem, ob MigrantInnen eine eigene Zuwanderungserfahrung und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder nicht.

Abbildung 1: Engagierte und Aktive in Prozent an der Gesamtbevölkerung nach Art des Migrationshintergrundes 2014.



Quelle: Vogel u.a. 2016: 593. Anmerkung: Als „Aktive“ werden Menschen gezählt, die beispielsweise an Programmen teilnehmen oder bei Spielen mitmachen, jedoch nicht mitarbeiten oder -organisieren.

Der Anteil an Personen mit Staatsbürgerschaft und ohne Zuwanderungserfahrung liegt mit 43,2% also nahe am deutschen Durchschnitt, wohingegen nur gut halb so viele Personen, nämlich 21,7%, ohne die deutsche Staatsbürgerschaft und mit eigener Zuwanderungserfahrung engagiert sind (vgl. Vogel u.a. 2016: 593-598). So zeigen sich Integrationserfolge auch an der Engagementquote von Menschen mit Migrationshintergrund: Jene, die bereits in der 2. Generation in Deutschland leben, engagieren sich am häufigsten (vgl. ebd.: 608). Man kann somit sagen, dass das freiwillige Engagement „sowohl als Motor als auch als Indikator für Integration“ gilt (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 180).

## 4.2 Vorteile und Chancen

Dass in den frühen Phasen der Integration ein freiwilliges Engagement nicht der erste Gedanke ist, ist verständlich: Zugewanderte haben viele Aufgaben und Hindernisse zu bewältigen, wenn sie in ein neues Land kommen. Das Leben wird meist ganz neu aufgebaut: Neben der fremden Sprache und anderen Regeln muss man sich auch auf neue Lebensstile, Traditionen und die andere Kultur einstellen. Soziale Ungleichheiten werden zusätzlich verstärkt durch Vorurteile, Diskriminierungen und die Begegnung mit ausländerfeindlichen Einstellungen (vgl. Schührer 2019: 222f) – BE könnte jedoch genau diesen einschränkenden Erfahrungen entgegenwirken und Probleme lösen. So kann das Engagement durch vielfältige Kontakte zur sprachlichen Verbesserung und einem Zugehörigkeitsgefühl beitragen, Vorurteile können widerlegt und ein Beitrag gegen Diskriminierung kann geleistet werden. Auch die eigene Kultur und persönliche Erfahrungen können weitergegeben werden, nicht zuletzt im Rahmen der Unterstützung eigener Landsleute und anderer MigrantInnen. Manche Engagierte erleben laut einer Umfrage von Anne-Katrin Schührer zum Thema Migration und Engagement auch eine persönliche Veränderung durch das BE. So beschreiben sie eine Zunahme an Zufriedenheit und Selbstbewusstsein und bemerken ihren Anstieg an Toleranz und politischem sowie gesellschaftlichem Interesse (vgl. ebd.: 226-255, 288f). Weitere Motive, sich zu engagieren, sind für Engagierte oft der Spaß an der Tätigkeit selbst und neue Kontakte; außerdem spielt auch der Gedanke, die Gesellschaft mitgestalten zu können, eine wichtige Rolle (vgl. Müller u.a. 2016: 421). Überdies kann gerade ein Ehrenamt als Ausgangspunkt für eine weiterführende Karriere genutzt werden. Durch das generierte Sozialkapital und mehr gesellschaftlichen Einfluss kann außerdem der individuelle Status beziehungsweise das Image von MigrantInnengruppen gestärkt oder positiv beeinflusst werden (vgl. Uslucan 2015: 29).

MigrantInnenorganisationen (MO)<sup>12</sup> stellen einen wichtigen Faktor bei der Motivation und Mobilisierung von MigrantInnen für BE dar. Sie bieten oft Informations- und Bildungsveranstaltungen zu vielen Themen an und können so die Brücke zwischen Institutionen der Mehrheitsgesellschaft und kleineren Gesellschaftsgruppen schlagen, selbst wenn sie von der Ausrichtung nach Putnam eher *bonding* als *bridging* sind. Sie besitzen ein wichtiges MultiplikatorInnen-Potenzial, da sie oft besser wissen, wo und wie Informationen verbreitet und Menschen gut angesprochen werden können (vgl. Ersoy u.a.

---

<sup>12</sup> MigrantInnenorganisationen sind gemeinnützige Zusammenschlüsse, die meist so definiert werden, dass mindestens die Hälfte der Engagierten oder InitiatorInnen eine Zuwanderungsgeschichte haben und die Aktivitäten meist mit der Migrationserfahrung zusammenhängen (vgl. SVR-Forschungsbereich 2020: 9).

2018: 462). Außerdem können sie Kommunen bei integrationspolitischen Maßnahmen unterstützen, da sie die tatsächlichen Belange von MigrantInnen und auch eventuelle Reaktionen der Mehrheitsgesellschaft bereits kennen. Anstatt jedoch offizielle Strukturen zu ersetzen oder als Dienstleister erhalten zu müssen, sollten MO stattdessen als Partner und Unterstützer gesehen werden (vgl. Lange & Tonekaboni 2019: 101-103).

BE von MigrantInnen hat nicht nur für sie persönlich positive Auswirkungen, sondern unterstützt die Gesellschaft auch gerade bei neuen Herausforderungen. Am deutlichsten wurde das im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015. Personen mit Migrationshintergrund waren ein wichtiger, oft zentraler Bestandteil der freiwilligen Mitarbeit, da sie Erfahrungen, Fähigkeiten und Sprachen mit einbrachten und heute noch einbringen, welche Erstaufnahme und weitergehende Integrationsarbeit möglich machen (vgl. Tesch-Römer u.a. 2016: 633).

Das Bürgerschaftliche Engagement kann also eine wichtige Rolle beim Abbau gesellschaftlicher Hürden spielen, ist ein Weg zu Teilhabe und Mitgestaltung der Gesellschaft und somit auch ein Weg zur individuellen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Vogel u.a. 2016: 580). Die konkreten Vorteile hängen davon ab, ob und inwieweit durch das Engagement Sozialkapital gebildet und gefördert werden kann (vgl. Thränhardt 2010: 517). Hier sollte allerdings bedacht werden, dass sich auch in Freiwilligenorganisationen die Tendenzen zu Isolation und einzelnen Gruppierungen verstärken und Ansichten manifestiert werden könnten – was dann wiederum zur Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft führt.

#### 4.3 Hürden für die integrative Kraft von BE

Obwohl die positiven Aspekte des BE für MigrantInnen klar erkennbar sind, gibt es auch Rahmenbedingungen, welche die Partizipation durch BE erschweren.

So ist der Zugang zu BE nicht immer barrierefrei, und unzureichende Sprachkenntnisse sind oft eine Hürde (vgl. Schührer 2019: 298). Neue Freiwillige werden gut durch persönliche Ansprache, durch Medien, Versammlungen und Agenturen motiviert. Wenn jedoch das Verständnis in einer neuen Sprache für diese Art der Informationen nicht ausreicht, ist die Aufnahme eines Engagements erschwert (vgl. Han Broich 2012: 81f). Knapp 60% der Engagierten sind sich laut einer Umfrage einig – egal welchen Hintergrund oder welche Muttersprache sie haben – dass es eine Verbesserung der Information und Beratung über Gelegenheiten zum BE geben sollte (vgl. Simonson & Vogel 2016: 532).

Das heißt, dass man nicht pauschal sagen kann, dass sich MigrantInnen schwer tun, ein Engagement zu finden oder auszuüben. Der FWS verweist diesbezüglich zusätzlich auf die Abhängigkeit des BE vom Bildungsniveau der Menschen (vgl. Tesch-Römer u.a. 2016: 637f). Die [im Interview thematisierten Freiwilligenagenturen] erreichen beispielsweise konkrete, oft sowieso schon gut informierte Gruppen der Gesellschaft (vgl. Anhang 2). Dazu kommt, dass Projekte und Freiwilligen- sowie MigrantInnenorganisationen mangels medialer Aufmerksamkeit oft kaum in der Öffentlichkeit vertreten sind.

Eine weitere Unsicherheit birgt der Aufenthaltsstatus: Man braucht allgemein in Deutschland in vielen Situationen und Lebenslagen einen anerkannten Aufenthaltstitel; erst mit der deutschen Staatsbürgerschaft stehen die vollen Zugänge zu Positionen und Tätigkeitsfeldern offen (vgl. Vogel u.a. 2016: 608). Je nach Aufenthaltssituation gilt ein Verbot der Beschäftigung; die ehrenamtliche Tätigkeit basiert jedoch auf Freiwilligkeit und dürfte somit trotzdem ausgeübt werden. Darüber sind jedoch Neuzugewanderte oft nicht informiert, und verpassen folglich diese Chance, sich zu beteiligen (vgl. Boele-Woelki u.a. 2017: 118).

Ein zusätzliches Hindernis können die Gegebenheiten im Herkunftsland sein. Wenn beispielsweise dort das Prinzip des BE nicht bekannt ist oder die sprachliche Bezeichnung sehr abweicht, kann der Terminus „Engagement“ missverstanden oder fehlinterpretiert werden (vgl. Vogel u.a. 2016: 609). Auch bei einem Seminar für MORGEN e.V.<sup>13</sup> wurde die Frage nach Ehrenamt und Engagement in der eigenen Kultur gestellt und die Antworten waren sehr differenziert: So bedeutet das Wort in manchen Ländern allgemein „Gutes tun“, oder auch „Es geht nur mir gut, wenn es der Gemeinschaft gut geht“ (vgl. Anhang 2). Des Weiteren bezieht sich das Engagement in anderen Ländern meist auf die Familie, die nächsten Verwandten und Bekannten. Ein Großteil der MigrantInnen engagiert sich fürs eigene Umfeld, was jedoch oft in deutschlandweiten Umfragen zum Thema BE nicht abgefragt oder erfasst wird, da es die formalen Kriterien (wie beispielsweise jene des FWS) nicht erfüllt (vgl. Huth & Hoppe 2002: 36f, Rübke 2014: 9, Anhang 2).

Auch die Struktur der Einsatzstelle kann eine Ungewissheit darstellen. In kleineren Organisationen hängt das Engagement oftmals an einer Person, und für neue Mitglieder ist diese personalisierte Organisationshierarchie häufig nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Durch die Freiwilligkeit kann es auch an Kontinuität mangeln, und die transparente

---

<sup>13</sup> MORGEN e.V. ist ein herkunftsübergreifendes Netzwerk aus MigrantInnenorganisationen in München mit dem Ziel, Sichtbarkeit in der Gesellschaft und interkulturelle Zusammenarbeit zu fördern (vgl. Junker 2021).

Gestaltung der Vorgänge in selbstorganisierten zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen ist eine nicht zu unterschätzende Aufgabe (vgl. Ersoy u.a. 2018: 463f). Es gibt zwar finanzielle und beratende Hilfestellungen, um die Beständigkeit und die Selbstorganisation von Initiativen zu fördern – ein Problem bei staatlicher Förderung ist jedoch, dass die Freiwilligenorganisationen, wie zum Beispiel MO, oft nur für ein spezifisches Projekt gefördert und unterstützt werden. So gibt es womöglich Finanzierungshilfen für eine bestimmte Aktion, beispielsweise zum Thema Islamismus-Prävention, die jedoch nach der Durchführung des Projekts wieder wegfallen. Dies ermöglicht weder dauerhafte Planung noch den mittel- oder langfristigen Ausbau einer Organisation. Außerdem werden bei der Antragstellung für Förderungen oft eine hohe Professionalisierung und entsprechende Fachkenntnisse vorausgesetzt (vgl. Böllert u.a. 2020: 30).

Die genannten Schwierigkeiten werden verstärkt durch (un)bewusste Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft und deren Mangel an interkultureller Kompetenz (vgl. Witzel 2020: 80f), sowie die verstärkte Präsenz von (offen) rassistischen Gruppen und (verstecktem) Alltagsrassismus (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2020: 12-15).

## 5. Mehr Diversität im BE: Begünstigende Faktoren und Handlungsempfehlungen für die Freiwilligenarbeit

Die Verknüpfung von Bürgerschaftlichem Engagement, der gesellschaftlichen Teilhabe und der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund liegt mit Blick auf die vorangegangenen Kapitel nahe: Durch die dichteren sozialen Beziehungen und den Austausch wird Sozialkapital gefördert, welches zu verbesserten Möglichkeiten der Partizipation führt – und gerade MigrantInnen sind in diesem Bereich ein oft weniger berücksichtigter Teil der Gesellschaft. Auch Putnam (2000: 403) stellt fest, dass von Gesellschaft und Politik neue Strukturen und Strategien entwickelt werden müssen, um das Bürgerschaftliche Engagement für alle in der (und für die) Gesellschaft zu vereinfachen. Die Wirksamkeit des BE für die gesellschaftliche Teilhabe hängt von der Qualität und konkreten Maßnahmen ab, weswegen dieses Kapitel Verbesserungsvorschläge für die Rahmenbedingungen der Freiwilligenarbeit geben will. Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund leben in städtischen Regionen, und auf kommunaler Ebene findet

mindestens 80% des Engagements statt (vgl. Bogumil & Holtkamp 2010: 382). „Die im Vergleich zu ländlichen Räumen hohe und zunehmende ethnische Heterogenität in den Stadtregionen lässt der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Städten eine besondere Relevanz zukommen“ (Klie & Klie 2018: 428). Deswegen werden in diesem Kapitel zur Verdeutlichung konkrete Beispiele aus den Städten München, Augsburg und Nürnberg genannt, die alle schon langjährige Erfahrungen mit der Freiwilligenarbeit haben.

## 5.1 Anforderungen an die Engagementpolitik

Die politischen Rahmenbedingungen für BE sind Aufgabe der Engagementpolitik, welche ein eher junges politisches Handlungsfeld ist, und sich seit Ende der 1990er Jahre zunehmend definiert und entwickelt (vgl. Hartnuß u.a. 2010: 12). Hierbei geht es

um ein gesellschaftliches Leitbild, in dem die Bürgerinnen und Bürger über erweiterte Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum verfügen, eine beteiligungsorientierte politische Kultur dominiert, das sozialstaatliche Institutionensystem ein breites Spektrum von Beteiligungs- und Mitwirkungschancen eröffnet und der Staat sich als ein Engagement und Partizipation ermöglichender Akteur versteht (Klein & Olk 2011: 44).

Ein wichtiger Akteur in der Engagementpolitik auf Bundesebene ist das in Kapitel 3 bereits erwähnte Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), als trisektorales Netzwerk zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das BBE hat zum Ziel, gemeinsam Projekte zu entwickeln, eine Vernetzungsplattform zu schaffen und es setzt sich für die vielen Partner und Mitglieder auf politischer Ebene ein.<sup>14</sup> Durch die circa 300 Mitglieder wird viel Organisation und Austausch benötigt, und unterschiedliche Positionen werden diskutiert, um beispielsweise Forderungen für Bundestagswahlen aufzustellen. Offizielle Stellungnahmen des gesamten BBE dienen dann als Beratung für die Politik (vgl. Anhang 1).

Gerade auf politischer Ebene gibt es Maßnahmen, welche getroffen werden können, um nachhaltige Rahmenbedingungen für BE zu schaffen, „damit dieses dauerhaft auch in Fragen der Integration oder bei künftigen anderen Problemen eine tragende Rolle spielen kann“ (Klein u.a. 2017: 7). Um dies zu tun, muss die Engagementstrategie den demografischen Wandel, die Vereinbarkeit von Familie, Arbeit, Freizeit und Engagement und auch geschlechtsspezifische Rangordnungen in ihre Überlegungen miteinbeziehen (vgl. Klein 2015: 13f).

---

<sup>14</sup> Da BE ein Querschnittsthema ist (wie beispielsweise auch die Genderpolitik), sich also auf viele Bereiche der Gesellschaft bezieht, hat das BBE keinen eigenen Sitz in den Ministerien. Der Hauptsprechpartner bzw. das federführende Ressort ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (vgl. Anhang 1).

Ein Faktor, der verstärkend auf die Beteiligungsmöglichkeiten wirken kann, ist die Veröffentlichung von sogenannten *Best Practice* Beispielen und das wahrnehmbare Interesse der Politik am BE von MigrantInnen. Die Politik kann positive Beispiele und Modelle publik machen, die demonstrieren, dass die Mehrheitsgesellschaft viel von den Erfahrungen und dem Wissen aus anderen Ländern lernen kann (vgl. Huth & Hoppe 2002: 68f). Durch Beiträge (in Zeitungen, Rundfunk usw.) bietet sich die Chance zu mehr Öffentlichkeit, und Multiplikatorenwirkungen können sich ergeben, durch die noch einmal mehr Menschen angesprochen werden (vgl. Schumacher & Huth 2013: 39f). Motivierende Faktoren sind auch beispielsweise die Vergabe von Fördermitteln, und die Unterstützung vonseiten der Politik, die Vernetzung von MO und Nicht-MO voranzutreiben (vgl. Klein 2011b: 32).

Die allgemeine Stellung der MigrantInnen in der Gesellschaft kann unter anderem durch Rechtsstellung und überarbeitete Antirassismusrichtlinien verbessert werden. Um die politische Integration erfolgreich zu gestalten, muss die Einbürgerung erleichtert und Doppelstaatlichkeit möglich gemacht werden (vgl. Calero & Rohloff 2016: 64, Huth & Hoppe 2002: 68). Roland Roth konstatiert in diesem Zusammenhang:

Zugewanderte können erst dann als vollständig integriert gelten, wenn sie auch am politischen Leben des Aufnahmelandes gleichberechtigt teilhaben. Dazu müssen sie nach einer Phase des Einlebens und Kennenlernens in ihren politischen Rechten den Einheimischen gleichgestellt sein (2017: 62).

Engagementpolitik als Demokratie- und Integrationspolitik ist also dann erfolgreich, wenn es gelingt, die Teilhabemöglichkeiten und -rechte aller BürgerInnen zu stärken und in allen gesellschaftlichen Bereichen demokratiepolitische Mitwirkung zu ermöglichen – gerade auch für kleinere oder weniger repräsentierte Gesellschaftsgruppen (vgl. Roth 2010: 631f). Insofern sollten auch VertreterInnen von MOs und MigrantInnen insgesamt mehr in Austausch und Politik eingebunden werden sowie finanziell unterstützt und bei Professionalisierung und Qualifizierung gefördert werden.

Um adäquat und nachhaltig auf die Bedürfnisse des Engagementbereichs – gerade für MigrantInnen – einzugehen, müsste der Bereich der Forschung ausgeweitet werden. Es gibt zwar durchaus Studien mit Fokus auf MigrantInnen, jedoch steht auch hier oft die Versorgung im Zentrum der Überlegungen, und nicht deren Zugangs- und Einflussmöglichkeiten (vgl. Huth & Hoppe 2002: 68f, Anhang 2). In gesellschaftlichen Dialogen sollte zudem eine stärkere Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Rassismus stattfinden und es sollte von offizieller Seite mehr zur Bekämpfung jener Tendenzen beigetragen werden (vgl. Calero & Rohloff 2016: 64f). Gerade in der

Öffentlichkeit wäre es angebracht, VertreterInnen von Mi-grantInnen und MO bei diesen Themen mit ihren Einsichten und Erfahrungen mehr zu Wort kommen zu lassen.

Instrumente für die Gestaltung auf politischer Ebene sind beispielsweise Projekte wie „Menschen stärken Menschen“, an dem auch das BBE mitgewirkt hat. Dort werden Tandems von Zugewanderten und Herkunftsdeutschen koordiniert, es findet Wissenstransfer statt, und im gemeinsamen Austausch werden die Qualitätsstandards für Patenschaftsprogramme weiterentwickelt.

Eine weitere Leistung ist der Bundesfreiwilligendienst, welcher seit ein paar Jahren auch für Asylberechtigte zugänglich ist. Ebenso sind Gesetzesinitiativen auf Landesebene, wie das „Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in Baden-Württemberg“, gute Ansätze zur Unterstützung und Motivierung für das BE von MigrantInnen (vgl. Tesch-Römer u.a. 2016: 633f, Anhang 1).

## 5.2 Bedeutung der interkulturellen Öffnung

Ein wichtiger Faktor bei der Verbesserung des Zugangs zu BE ist das Thema der interkulturellen Öffnung:

Dieser Begriff bezieht sich auf die Entwicklung einer von Menschen mit Migrationshintergrund inkludierenden Organisationsstruktur und -kultur. Davon leiten sich strategische Ziele, Strukturveränderungen und Qualifizierungsprozesse ab, darunter ein auf Schlüsselprozesse fokussiertes Qualitätsmanagement (Gaitanides 2017: 119).

Das Begriffsverständnis bezieht sich im Sinne einer möglichst großen Vielfalt mittlerweile nicht mehr alleinig auf Kultur, sondern auch auf andere Dimensionen, wie beispielsweise Alter und Geschlecht. Die Verstärkung der interkulturellen Kompetenz ist hier zentral: Sie umfasst einen großen Bereich der Verständigung, der neben Sprache auch Handlungen, Mimik und Gestik einschließen kann. Verbesserte interkulturelle Kompetenzen können Konflikten vorbeugen und durch eine offene Thematisierung Schwierigkeiten im Umgang miteinander leichter klären (vgl. Schumacher & Huth 2013: 67-69). Mit interkultureller Öffnung wird also versucht, jegliche Aktionen und Möglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen erreichbar zu machen, den verschiedenen Kulturen mit Aufmerksamkeit zu begegnen und durch interkulturelles Lernen den jeweils anderen besser zu verstehen und zu akzeptieren (vgl. Klein 2011b: 8). [Die interviewte Leitung einer FöBE], fasst das Ziel der verschiedenen Lebensstile und deren Interaktion wie folgt zusammen: „Dass man neue oder zugewanderte Kulturen nicht als fremd sieht, sondern erkennt, dass etwas neues anderes, etwas Drittes, entsteht“ (Anhang 2).

Eine Möglichkeit, um diese Dynamiken zu unterstützen, sind niedrigschwellige Projekte, die Beteiligung für jeden, unabhängig von Sprachkenntnissen, Geschlecht oder Herkunft ermöglichen. Auch sollte man die Organisationsstrukturen hinterfragen, welche oft „deutsch-bürokratisch“ sind und damit nicht selbsterklärend (vgl. Anhang 1).

Interkulturelle Öffnung ist noch lange nicht in allen Freiwilligenorganisationen angekommen, wie Susanne Huth verdeutlicht:

Auch wenn viele Vereine und Verbände sich grundsätzlich als offen für neue Mitglieder sehen, betreiben bislang nur wenige eine aktive und gezielte Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund (...). Zugleich nehmen viele Menschen mit Migrationshintergrund traditionelle Vereine und Verbände als „geschlossene Gemeinschaft“ wahr, in der Fremde eher nicht erwünscht sind (2011: 203).

Zur besseren interkulturellen Öffnung braucht es Brückenbauer und die persönliche Ansprache. Eine Möglichkeit kann die Ausbildung von ModeratorInnen sein, die Veränderungswünsche und -ziele zur besseren Zugänglichkeit in einem Verein identifizieren und aufstellen. Zusätzlich können EngagementberaterInnen aus der Community als MittlerInnen eingesetzt werden. Um das Verständnis von Engagement zu verbessern, ist ebenfalls die direkte Ansprache ein wichtiger Punkt, die über Vorbilder oder Bekannte, die selbst aktiv sind, noch wirkungsvoller ist (vgl. Schührer 2019: 319-326, Anhang 2). Fast überall ist allerdings festzustellen, dass die verschriftlichten Informationen über den möglichen Zugang zu BE ausschließlich auf Deutsch existieren. Diese Hürde probiert beispielsweise FöBE durch die Bereitstellung von kurzen Erklärvideos und Informationen in leichter Sprache auf der Webseite abzubauen (vgl. Anhang 2). Eine zusätzliche Möglichkeit zur Weiterentwicklung der Ansprache von potenziellen Freiwilligen ist, das Thema des BE an Kinder und Jugendliche früh heranzuführen – beispielsweise durch die Vermittlung in der Schule (vgl. Anhang 1).

MigrantInnen nennen außerdem als wichtigen Faktor die „Willkommenskultur“ in Organisationen, also die (nach außen hin) wahrgenommene Offenheit eines Vereins und dessen Mitglieder. Die demokratische Vereinskultur mit flacher Hierarchie spielt dabei ebenfalls eine Rolle – um das Einbringen, die Nutzung von neuen Gelegenheiten und die Möglichkeit, neue Dinge auszuprobieren, für neue Mitglieder zu vereinfachen. Auch auf Kultursensibilität sollte die eigene Organisationkultur reflektiert werden: Ob und inwiefern diese für einzelne Zielgruppen attraktiv und zugänglich ist (vgl. Schührer 2019: 319-326, Anhang 1).

Wie erfolgreich ein Verband sich interkulturell öffnet, geht oft mit der Frage nach der Motivation zur interkulturellen Öffnung einher: Wenn der Wunsch nach Kooperation von

der Organisation selbst ausgeht, ist sie oft erfolgreicher, als wenn sie von außen, also auch durch eine politische Agenda oder staatliche Förderungen, herangetragen wird. Durch eine eigenständig entwickelte Konzeption und dadurch transparentere Kommunikation ist der Prozess stabiler und wirkungsvoller (vgl. Witzel 2020: 77). Eine interkulturelle Öffnung (auch von Institutionen) setzt die Entwicklung von interkultureller Kompetenz voraus; auch die Eigenressourcen zu Erfahrungsaustausch, Fortbildung und Wissenstransfer der jeweiligen Vereinigung sind von Bedeutung (vgl. Ersoy u.a. 2018: 463f). Die Politik kann die interkulturelle Öffnung in der Gesellschaft und in ihren Organisationen unterstützen, indem sie kompetentes Personal für eine bessere Koordination und für die Ausbildung von BeraterInnen im Engagementbereich zur Verfügung stellt sowie Plattformen zur interkulturellen Vernetzung von Akteuren aus den verschiedenen Bereichen schafft (vgl. Klein 2015: 14, ebd. 2011a: 32, Hartnuß u.a. 2010: 43). Um also die interkulturelle Öffnung zu optimieren, ist die Anerkennung der Möglichkeiten und Ressourcen des BE von MigrantInnen von Bedeutung: Beispielsweise die Förderung der Integration und die verbesserte Expertise für Aufgaben einer Einwanderungsgesellschaft (vgl. Klein 2011b: 18-21).

Ein wesentlicher Punkt der interkulturellen Öffnung ist auch, dass beispielsweise Hauptamtliche, die mit MigrantInnen in Kontakt sind, ihnen positiv gesinnt sind und keinerlei Abneigungen oder Vorbehalte ausdrücken. Falls dies dennoch der Fall sein sollte, müssen diese Hindernisse durch offene Diskussionen geklärt werden. Von der Freiwilligenstelle kann also der interkulturell offene Umgang mit MigrantInnen durch die Einstellung und Förderung von aufgeschlossenem Personal unterstützt werden (vgl. Schumacher & Huth 2013: 32, Anhang 3). Wichtig ist die Erkenntnis, generell die Diversität der Menschen als Bereicherung zu sehen. Oft werden Unterschiede entweder als Besonderheit (auch „Quoten“-MigrantInnen) oder Problematik gesehen, jedoch ist das Ziel von gelungener Inklusion, dass jeder Charakter sich individuell einbringen kann und anerkannt wird (vgl. Düsener 2010: 162).

Ein gelungenes Beispiel für die interkulturelle Öffnung und Beteiligung von MigrantInnen ist das „Bellevue di Monaco“<sup>15</sup> in München. Dort gibt es Veranstaltungen, Beratungen und Treffen für Menschen jeglicher Herkunft; das Café wird beispielsweise von SyrerInnen

---

15 Das Bellevue di Monaco ist im Jahr 2014 aus einem Aktionsbündnis zum Thema Flucht und Migration entstanden. Zu Beginn war das Ziel, einen Unterbringungs- und Kulturort für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge und interessierte Münchner mit Beratungsmöglichkeiten, Sprachkursen und Schulungen aufzubauen. Mittlerweile ist es ein etabliertes Wohn- und Kulturzentrum, in dem ein vielfältiges Kulturprogramm angeboten wird, mit u.a. Theateraufführungen, Konzerten und Lesungen (vgl. Bellevue di Monaco eG 2021).

betrieben. Jeder kann sich engagieren, einbringen und zur Selbstorganisation beitragen – auch Zugewanderte werden nicht nur als EmpfängerInnen von Hilfen gesehen, sondern bestimmen mit. [Die interviewte Leitung der FöBE] nennt als Voraussetzung für Teilhabemöglichkeiten „Gelegenheiten, bei denen man aus getrennten Welten gemeinsame Welten machen kann“ (Anhang 2).

### 5.3 Umgang mit der Zielgruppe

Um die „getrennten Welten“ zusammenzuführen, ist der Umgang mit den einzelnen Akteuren ein wichtiger Bestandteil: Wie man andere Menschen beschreibt und welche Attribute man ihnen zuordnet, führt zu subjektiven Wahrnehmungen von Gruppen und auch zur Zuschreibung der „Andersartigkeit“ von Menschen, die man nicht seinem eigenen Umfeld zuordnet (vgl. Hall 1997: 258).

Allgemein werden sogenannte „Risikogruppen“<sup>16</sup> oft als EmpfängerInnen von Hilfestellungen und Engagement gesehen, jedoch leisten sie durch ihre Eigenkompetenz und ihr Potenzial einen signifikanten Beitrag zur Gesellschaft. Ein wichtiger Wandel wäre also, dass MigrantInnen von der Politik, von Organisationen oder einzelnen Personen nicht mehr als Problemgruppe oder AdressatInnen von Sozialleistungen angesehen werden, sondern ihre aktive Teilhabe ermöglicht und gefördert wird (vgl. Tesch-Römer u.a. 2016: 639, Anhang 2). Ein wichtiger Punkt ist hierbei auch die bessere Sichtbarkeit von MO und BE in der Öffentlichkeit: Durch mehr Präsenz kann der Zugang zu und die Teilnahme an Organisationen vereinfacht und der Mut gefunden werden, selbst auch einmal an Tätigkeiten teilzunehmen, die möglicherweise außerhalb der individuellen Komfortzone liegen (vgl. Tesch-Römer u.a. 2016: 635).

Susanne Huth, Geschäftsführerin der INBAS-Sozialforschung GmbH und Sprecherin der AG „Migration und Teilhabe“ des BBE, stellt in ihrer Studie zum freiwilligen Engagement von MigrantInnen fest, dass gerade Anerkennung ein bedeutender Faktor für die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit ist (vgl. Huth & Hoppe 2002: 59). Das Thema der Anerkennungskultur ist breitgefächert, von einem persönlichen Dank bis hin zum Bundesverdienstkreuz gibt es viele Möglichkeiten: So können Urkunden und Zertifikate erworbene Kompetenzen belegen, finanzielle Vergütungen wie Kostenerstattungen oder Aufwandsentschädigungen erleichtern den Zeitaufwand, Zuschüsse für

---

16 Der FWS nennt im Bereich des Engagements als Risikogruppen folgende Minderheiten: Ältere Menschen, MigrantInnen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Menschen mit geringer Bildung (vgl. Tesch-Römer 2016: 639).

Weiterbildungsmöglichkeiten oder Qualifizierungsangebote motivieren, und Zeitressourcen für Fragen und Probleme machen ein Engagement besser zugänglich (vgl. Schumacher & Huth 2013: 58f). Durch Ehrungen können sich Engagierte aber auch „abgespeist“ fühlen; es muss also deutlich sein, dass die Anerkennung und Belange wirklich wahrgenommen und zum Thema gemacht werden. Beispielsweise haben die meisten Städte auch Danksagungsformen für Engagierte: Wichtig ist hier zusätzlich die öffentlichkeitswirksame Anerkennung der jeweiligen Kultur und Herkunft. Mögliche Wertschätzungen können Veranstaltungen und Projekte in der Öffentlichkeit sein, bei denen klar wird, inwiefern MigrantInnen aktiv sind und das gesellschaftliche Leben bereichern (vgl. Anhang 1, Anhang 2).

Selbst wenn es ein (Rest-)Risiko von Abschottungstendenzen gibt, sollten MO als solche wertgeschätzt und unterstützt, gestärkt und gefördert werden. Der FWS weist darauf hin, dass insgesamt Förderungsmaßnahmen des BE auf spezifische Gruppen zugeschnitten werden sollten (vgl. Tesch-Römer u.a. 2016: 635). Auch die staatlichen Ebenen können hierbei einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie zum Beispiel MO als Experten für mögliche Belange und Bedarfe ihrer Mitglieder hinzuziehen, und deren Hintergründe anerkennen (vgl. Ersoy u.a. 2018: 463f, Hartnuß u.a. 2010: 43). Torsten Groß stellt in diesem Zusammenhang treffend fest: „Für die gesellschaftliche Wirksamkeit ihres vielfältigen Engagements muss aber der Zugang zu und die Ausstattung mit Ressourcen noch deutlich verbessert werden“ (2017: 79).

Ein aktuelles Beispiel für den Umgang mit MigrantInnen in der Freiwilligenarbeit gibt es aus dem [im Interview thematisierten bayerischen Freiwilligenzentrum]: Dort entstand der Wunsch, mehr neue und unterrepräsentierte Zielgruppen anzusprechen. Für Menschen mit Migrationshintergrund sind beispielsweise Tandems geplant, die aus einer Person der Mehrheitsgesellschaft und einer Person mit Migrationshintergrund bestehen sollen, welche sich dann gemeinsam in einem Bereich engagieren – was die Hürden für den Zugang zu BE abbaut. Außerdem soll die Engagementberatung auf MuttersprachlerInnen ausgeweitet werden, da das in Deutschland verbreitete Schulenglisch manchmal nicht zur Verständigung reicht. Für dieses Projekt hat das Freiwilligenzentrum auch eine Förderung vonseiten des Bundes bekommen, um die Ideen besser auszuarbeiten. Bereits vorher gab es unter anderem die „Botschafter der Vielfalt“, die Menschen untereinander vernetzen und die Vielfalt in der Gesellschaft spürbar und sichtbar machen sollen (vgl. Anhang 3).

## 6. Fazit: Die Förderung des freiwilligen Engagements als entscheidender Beitrag zu sozialer und politischer Teilhabe

Abschließend kann man zusammenfassen, dass Bürgerschaftliches Engagement einen wichtigen Beitrag zu gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation leistet. Die Teilnahme an assoziativen Aktivitäten und Netzwerken unterstützt das Sozialkapital nach Robert D. Putnam und trägt somit zu einer Dichte sozialer Beziehungen und zu einer verallgemeinerten Gegenseitigkeit bei. Wie aufgezeigt, führt dieses Sozialkapital gerade bei Menschen mit Migrationshintergrund zu einer leichteren Integration und verbesserter Teilhabe an der Gesellschaft. Es gibt allerdings durchaus noch einige Faktoren, die – gerade von der Politik, aber auch von der Zivilgesellschaft selbst – unterstützt und ausgebaut werden können und sollen, um BE besonders für die oft unterrepräsentierte Zielgruppe der MigrantInnen zu fördern.

Neben dem Ausbau der Rahmenbedingungen durch die Politik gibt es auch für lokale Akteure Möglichkeiten, Projekte und Aktionen anzubieten, um die Vielfalt der Gesellschaft in aller Selbstverständlichkeit zu repräsentieren und mehr Engagement zu ermöglichen. Gerade an den Beispielen aus dem [Freiwilligenzentrum oder der FöBE, die in den Interviews immer wieder thematisiert wurden] kann man sehen, dass schon an vielen Stellen Bemühungen um mehr interkulturelle Offenheit im BE vorhanden sind. An den Praxisbeispielen aus den Interviews sieht man jedoch ebenfalls, dass es noch nicht so recht gelingt, MigrantInnen als gleichberechtigte, gleichermaßen partizipierende Freiwillige in das BE der Mehrheitsgesellschaft zu integrieren. Sie sind stattdessen weiterhin häufig auf ein BE für ihre und in ihrer Community zurückgeworfen oder werden eher in zielgruppenspezifischen Projekten eingebunden.

In der vorliegenden Untersuchung wird immer wieder deutlich, dass man verschiedenen Gruppen unterschiedlich begegnen und die Maßnahmen und auch Ansprechmöglichkeiten am besten individuell anpassen muss – die Gruppe von MigrantInnen ist selbst sehr divers. In diesem Zusammenhang ist vor allem der Ausbau von interkulturellen Kompetenzen zentral. Die Weiterentwicklung des BE erfordert zusammengefasst „entsprechende Erfahrungen im Umgang mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern, kooperative und fachliche Kompetenzen, aber auch nachhaltige Infrastrukturen der Engagementförderung“ (Klein u.a. 2011: 9).

Der Forschungsstand zum Thema wächst seit ein paar Jahren kontinuierlich, Defizite sind jedoch offensichtlich: So sind die meisten Umfragen (u.a. auch der FWS) immer in Bezug auf oder im Vergleich mit der Mehrheitsgesellschaft ausgelegt – jeder Person werden die gleichen Fragen gestellt, und somit werden gegebenenfalls Nuancen im Zusammenhang mit den Erfahrungen von Migration oder Herkunft vernachlässigt. Die Forschung in diesem Bereich auszubauen, wäre ein wichtiger Beitrag zum weitergehenden Verständnis für das Miteinander und Engagement in unserer Gesellschaft. Die Sozialforschung könnte hier durch das Vorantreiben der interkulturellen Öffnung ausgebaut werden, Forschungslücken müssten geschlossen und Konzepte erarbeitet werden. Eine Empfehlung wäre, die interkulturelle Kompetenz von Hauptamtlichen stärker zu fördern und zudem mehr Hauptamtliche mit Mi-grationshintergrund einzusetzen, um Vielfalt zu gewährleisten.

In dieser Arbeit werden hauptsächlich die positiven Aspekte des Sozialkapitals und des Engagements sowie deren Zukunftsperspektiven beschrieben. Man sollte dennoch berücksichtigen, dass der Ausbau von Sozialkapital nicht zwingend zu einer Stärkung der Demokratie führt, sondern gerade im *bonding*-Phänomen auch in eine gegensätzliche Richtungen ausschlagen kann, wie Extremismus, nationalistische oder antidemokratische-fundamentalreligiöse Tendenzen zeigen. Auch in MO ist dieser Trend möglich, der überwiegende Teil leistet aber einen entscheidenden Beitrag zu Teilhabe und Integration von MigrantInnen. Von diesen Communities selbst werden außerdem immer mehr eigene Freiwilligenorganisationen und Netzwerke ins Leben gerufen, wie beispielsweise samo.fa und NeMO<sup>17</sup>, welche ein Bewusstsein für MO und die Vielfalt in der Gesellschaft schaffen (vgl. Anhang 2).

Wir erleben in Deutschland und der Welt aktuell eine Situation, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft mehr denn je erfordert. Natürlich stellt auch die aktuelle Coronakrise eine Gefahr für unser Zusammenleben und die Demokratie dar: Die sozialen Interaktionen nehmen ab, man bleibt auf Abstand und macht Individualsport – das Gefühl macht sich breit, gesellschaftliche Interaktion in größeren und heterogenen Gruppen zu verlernen, da man in seiner persönlichen „Blase“ lebt (wo *bridging* nicht oder kaum stattfindet). Außerdem geht das Engagement, welches in Gruppen stattfindet, zwangsläufig zurück. Andererseits gibt es in Krisenzeiten oft eine ausgeprägte Hilfsbereitschaft<sup>18</sup>, die Menschen

---

17 NeMO ist der Bundesverband der Netzwerke von Migrantenorganisationen e.V., bei dem 800 MO aus zehn Bundesländern vernetzt sind; samo.fa ist ein von NeMO geführtes Projekt, mit dem Ziel, die Aktiven aus MO in der Flüchtlingsarbeit zu unterstützen und stärken (vgl. BV NeMO 2021).

18 Seit Ausbruch der Corona-Pandemie werden in vielen Städten Ansprechpartner und Vermittlungen für freiwillige Helfer angeboten, bei denen sich Menschen, die sich für ihre Mitmenschen engagieren wollen,

zusammenbringt. Vielleicht liegt gerade in einer solchen Krise die Chance, interkulturelle Barrieren zu überwinden und die „verallgemeinerte Gegenseitigkeit“ nach Putnam zu intensivieren – und vielleicht ist die Förderung von Engagement ein wesentlicher Beitrag, um die gegenwärtige Situation zu meistern.

---

melden können. Beispielsweise gibt es in Nürnberg die „Hotline für ehrenamtliche Hilfsangebote, Ältere und Hilfesuchende“, die zwischen Hilfesuchenden und Helfenden vermittelt und Informationen für Ehrenamtliche liefert. In den ersten zehn Monaten verzeichnete die Stadt Nürnberg eine große Hilfsbereitschaft: Über 600 Menschen haben allein über diese Corona Hilfe Hotline ihre ehrenamtliche Hilfe für Mitmenschen angeboten (vgl. Stadt Nürnberg 2021: 1).

## Literaturverzeichnis

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020). *Gleiche Rechte, gleiche Chancen. Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes*. Berlin: MKL Druck GmbH & Co. KG.
- Bellevue di Monaco eG (2021). *Willkommen im Herzen der Stadt München*. Von <https://bellevuedimonaco.de/> abgerufen [zuletzt geprüft: 28.03.2021].
- Boele-Woelki, Katharina u.a. (2017). Rechtliche Rahmenbedingungen des Engagements für und mit Geflüchteten. In: Ansgar Klein/Rainer Sprengel/Johanna Neuling, *Jahrbuch Engagementpolitik 2017. Engagement für und mit Geflüchteten* (S. 115-121). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2010). Die kommunale Ebene. In: Thomas Olk/Ansgar Klein/Birger Hartnuß, *Engagementpolitik* (S. 382-406). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Böllert, Karin u.a. (2020). *Engagiert, dabei und anerkannt?! Islamische Akteure in der Kinder und Jugendhilfe*. Berlin: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ.
- Braun, Sebastian (2011). Sozialkapital. In: Thomas Olk/Birger Hartnuß, *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 53-64). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- BV NeMO (2021). *Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen*. Von <https://www.bv-nemo.de/> abgerufen [zuletzt geprüft: 27.03.2021].
- Calero, Mercedes Martínez/Rohloff, Sigurður A. (2016). *Bürgerschaftliches Engagement und Bildungserfolg*. Wiesbaden: Springer.
- Deutscher Bundestag (1999). *Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.: Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“*. Berlin: Bundestag, Drucksache 14/2351.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014). *10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland*. Berlin: Bonifatius GmbH.
- Dienel, Christiane (2010). *Bürgerengagement und demografischer Wandel*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Düsener, Kathrin (2010). *Integration durch Engagement?* Bielefeld: transcript.
- Ebert, Olaf (2020). Engagiert für Demokratie - Herausforderung und Perspektiven in Ostdeutschland. In: Ansgar Klein/Rainer Sprengel/Johanna Neuling, *Jahrbuch Engagementpolitik 2020. Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt* (S. 99-104). Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.
- Ersoy, Bülent/Latorre, Patricia/Zitzelsberger, Olga (2018). Migrant\_innenselbstorganisationen im Wandel der Zeit. In: Beate Blank u.a., *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft* (S. 457-468). Wiesbaden: Springer.

- Gabriel, Oscar W. (2002). Bürgerbeteiligung in Kommunen. In: Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements", *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft* (S. 121-160). Opladen: Leske + Budrich.
- Gaitanides, Stefan (2017). Interkulturelle Öffnungsprozesse. In: Torsten Groß u.a., *Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft* (S. 118-124). Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.
- Groß, Torsten (2017). Einführung. In: Torsten Groß u.a., *Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft* (S. 77-79). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Hall, Stuart (1997). The Spectacle of the 'Other'. In: Stuart Hall, *Representation: Cultural representations and signifying practices* (S. 223–290). London: Sage Publications & Open University.
- Han-Broich, Misun (2012). *Ehrenamt und Integration*. Wiesbaden: Springer.
- Hartnuß, Birger/Olk, Thomas/Klein, Ansgar (2010). Einführende Überlegungen. In: Thomas Olk/Ansgar Klein/Birger Hartnuß, *Engagementpolitik* (S. 10-59). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huckfeldt, Robert u.a. (2013). Networks, Interdependence And Social Influence In Politics. In: Leonie Huddy/David O. Sears/Jack S. Levy, *The Oxford Handbook of Political Psychology* (S. 662-698). Oxford: University Press.
- Huth, Susanne (2011). Bürgerschaftliches Engagement von und mit Menschen mit Migrationshintergrund. In: Ansgar Klein/Petra Fuchs/Alexander Flohé, *Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich* (S. 201-205). Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürdorge e.V.
- Huth, Susanne/Hoppe, Jörg Reiner (2002). *Recherche zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten*. Frankfurt am Main: ISIS – Sozialforschung.
- Ilgün-Birhimeoğlu, Emra (2018). Freiwilliges Engagement von Migrantinnen. In: Beate Blank u.a., *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft* (S. 341-353). Wiesbaden: Springer.
- Junker, Friederike (2021). *Wer wir sind - MORGEN München*. Von <https://www.morgenmuenchen.de/wer-wir-sind/> abgerufen [zuletzt geprüft: 29.03.2021].
- Klein, Ansgar (2011a). Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft. In: Thomas Olk/Birger Hartnuß, *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 29-40). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Klein, Ansgar (2015). Grundlagen und Perspektiven guter Engagementpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (14-15/2015), S. 10-15.
- Klein, Ansgar/Olk, Thomas (2011). Der Begriff "Engagementpolitik". In: Ansgar Klein/Petra Fuchs/Alexander Flohé, *Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich* (S. 44-47). Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Klein, Ansgar/Fuchs, Petra/Flohé, Alexander (2011). Einleitung. In: Ansgar Klein/Petra Fuchs/Alexander Flohé, *Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen*

- Bereich* (S. 9-10). Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Klein, Ansgar/Rainer Sprengel/Neuling, Johanna (2017). *Jahrbuch Engagementpolitik 2017. Engagement für und mit Geflüchteten*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Klein, Gabi (2011b). *Interkulturelle Freiwilligenarbeit - Erfahrungen und Tipps aus dem Projekt EngagementBrücken*. Köln: Kölner Freiwilligen Agentur e.V.
- Klie, Thomas/Klie, Anna Wiebke (2018). *Engagement und Zivilgesellschaft*. Wiesbaden: Springer.
- Lange, Mary/Tonekaboni, Keywan (2019). Die Rolle der Migrantenorganisationen in der Zusammenarbeit von Kommunen und Zivilgesellschaft. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.), *Engagiert für Integration. Demokratische Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft* (S. 98-105). Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Müller, Doreen/Hameister, Nicole/Lux, Katharina (2016). Anstoß und Motive für das freiwillige Engagement. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer, *Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014* (S. 407-426). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).
- Offe, Claus/Fuchs, Susanne (2001). Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In: Robert D. Putnam, *Gesellschaft und Gemeinsinn* (S. 417-514). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Olk, Thomas/Hartnuß, Birger (2011). Bürgerschaftliches Engagement. In: Thomas Olk/Birger Hartnuß, *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 145-161). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Putnam, Robert D. (1993). *Making Democracy Work. Civic traditions in modern Italy*. New Jersey: Princeton University Press.
- Putnam, Robert D. (2000). *Bowling alone. The collapse and revival of American community*. New York: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert D. (2002). Soziales Kapital in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA. In: Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements", *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft* (S. 257-271). Opladen: Leske + Budrich.
- Putnam, Robert D./Campbell, David E. (2010). *American Grace. How Religion Divides and Unites Us*. New York: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert D./Goss, Kristin A. (2001). Einleitung. In: Robert D. Putnam, *Gesellschaft und Gemeinsinn* (S. 15-43). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Reich, Kersten (2013). *Chancengerechtigkeit und Kapitalformen*. Wiesbaden: Springer.
- Röbke, Thomas (2015). *Anerkennungskultur: Ein Blick zurück nach vorn. Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“*. Von <https://www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/arbeitspapiere.html> abgerufen [zuletzt geprüft: 20.03.2021].

- Roth, Roland (2010). Engagementförderung als Demokratiepoltik: Besichtigung einer Reformbaustelle. In: Thomas Olk/Ansgar Klein/Birger Hartnuß, *Engagementpolitik* (S. 611-636). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Roth, Roland (2017). Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten. In: Torsten Groß u.a., *Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft* (S. 61-74). Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.
- Rother, Stefan (2016). *Migration und Demokratie*. Wiesbaden: Springer.
- Schührer, Anne-Kathrin (2019). *Migration und Engagement*. Wiesbaden: Springer.
- Schumacher, Jürgen/Huth, Susanne (2013). *Freiwilligenmanagement in Migrantenorganisationen und Interkulturelle Öffnung der Freiwilligenarbeit in Wohlfahrtsverbänden*. Frankfurt am Main: INBAS-Sozialforschung.
- Simonson, J. u.a. (2021). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019)*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia (2016). Organisationale Struktur des freiwilligen Engagements und Verbesserungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer, *Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014* (S. 513-538). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).
- Simonson, Julia/Hameister, Nicole/Vogel, Claudia (2016a). Daten und Methoden des Deutschen Freiwilligensurveys. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer, *Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014* (S. 45-82). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).
- Simonson, Julia u.a. (2016b). Einleitung: Freiwilliges Engagement in Deutschland. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer, *Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014* (S. 23-81). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).
- Stadt Nürnberg (16. Februar 2021). *Nachrichten aus dem Rathaus: Zehn Monate Corona-Hilfe-Hotline*. Von [https://www.nuernberg.de/presse/mitteilungen/presse\\_70553.html](https://www.nuernberg.de/presse/mitteilungen/presse_70553.html) abgerufen [zuletzt geprüft: 28.03.2021].
- Statistisches Bundesamt (28. Juli 2020). *Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2019*. Von [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20\\_279\\_12511.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20_279_12511.html) abgerufen [zuletzt geprüft: 15.03.2021].
- Strachwitz, Rupert Graf/Zimmermann, Olaf (2002). Einleitung. In: Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements", *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft* (S. 9-11). Opladen: Leske + Budrich.
- Strachwitz, Rupert Graf/Priller, Eckhard/Triebe, Benjamin (2020). *Handbuch Zivilgesellschaft*. Oldenbourg: De Gruyter.
- Stricker, Michael (2011). Ehrenamt. In: Thomas Olk/Birger Hartnuß, *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 163-171). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

- SVR-Forschungsbereich = Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2020). *Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft*. Berlin: SVR GmbH.
- Tesch-Römer, Clemens u.a. (2016). Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014: Implikationen für die Engagementpolitik. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer, *Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014* (S. 627-642). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).
- Thränhardt, Dietrich (2010). Engagement und Integration. In: Thomas Olk/Ansgar Klein/Birger Hartnuß, *Engagementpolitik* (S. 510-524). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Uslucan, Haci-Halil (2015). Freiwilliges Engagement von Zuwanderern: Verkannte Potenziale der gesellschaftlichen Teilhabe. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (14-15/2015), S. 28 - 35.
- Vogel, Claudia/Simonson, Julia/Tesch-Römer, Clemens (2016). Freiwilliges Engagement und informelle Unterstützungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund. In: Julia Simonson/Claudia Vogel/Clemens Tesch-Römer, *Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014* (S. 579-613). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).
- Witzel, Marc (2020). *Interkulturelle Öffnung durch Teilhabe. Verbandliche Jugendarbeit in der postmigrantischen Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.
- Zimmer, Annette (2007). *Vereine – Zivilgesellschaft konkret*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.